

# Gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall) zum Thema „Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“

<b><u>Inhalt:</u></b>	Seite
Vorbemerkung	2
<b>Dokumente</b>	
1. DGB	
1.1 Grundsatzprogramm (1996) (Auszüge)	3
1.2 Aktionsprogramm (1997) (Auszüge)	4
1.3 18. Bundeskongress (2006): Antrag D 001 „Mehr Beschäftigung durch qualitatives Wachstum“ (Auszüge)	5
1.4 19. Bundeskongress (2010): Antrag A 001 „Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften“ (Auszüge)	7
2. Ver.di (3. Bundeskongress, 2011)	
2.1 Antrag A 033: Gute Arbeit – Gute Dienstleistungen (Auszug)	9
2.2 Antrag B 118: Umkehr in der Arbeitsmarktpolitik - für sichere Arbeit und nachhaltige Bildung (Auszug)	10
2.3 Antrag D 001: Aus der Krise lernen (Auszug)	10
3. IG Metall (22. o. Gewerkschaftstag, 2011)	
3.1 Zukunftsreferat Berthold Huber (Auszug)	12
3.2 Entschließung 1: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen (Auszug)	13
3.3 Entschließung 2: Forderungen an die Politik und gewerkschaftliches Handeln (Auszug)	14
3.4 Entschließung 3: Festigung und Ausbau der betrieblichen Verankerung, Sicherung und Weiterentwicklung der Mitbestimmung (Auszug)	15
<b>Anhang</b>	
1. Allgemeines zum „Wiki Gute Arbeit“	16
2. Seiten zum Thema „Wachstum“	
2.1 „Wachstum“	17
2.2 „Dokus/Reader – Wachstum“	18
2.3 „Literatur und Materialien – Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik“	19

**Gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall)  
zum Thema „Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“**

**Vorbemerkung:**

Die folgende Materialzusammenstellung enthält gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall) zum Thema „Wachstum“.

Vollständigkeit der Darstellung war nicht zu erreichen. Insbesondere fehlen noch Dokumente der Einzelgewerkschaften. Ergänzungen im Wiki Gute Arbeit, die dann auch in eine Erweiterung dieser Materialzusammenstellung einfließen könnten, sind daher hochwillkommen.

Im Anhang wird auf Seiten im „Wiki Gute Arbeit“ ([www.wiki-gute-arbeit.de](http://www.wiki-gute-arbeit.de)) zum Thema „(Wirtschafts-) Wachstum“ / „Wachstumskritik“ verwiesen.

Die vorliegende Dokumentation kann über die Seite

- „Dokus/Reader – Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“

heruntergeladen werden (s. Anhang, Abb. 3).

Die Bildschirmausdrucke geben den Stand vom 17.5.12 wieder. Da sich das Wiki ständig ändert, kann das selbstverständlich auch die abgebildeten Seiten betreffen. Die Informationen dürften gleichwohl auch in einem solchen Fall anhand der Beschreibungen weiterhin zu finden sein.

Für Hinweise und Anregungen bin ich dankbar (bitte an: [bernhard.pfitzner@web.de](mailto:bernhard.pfitzner@web.de)).

Hannover, 17.5.12

Bernhard Pfitzner

## Dokumente

### 1. DGB

#### 1.1 Grundsatzprogramm (1996) (Auszüge)

##### Unsere Zukunft – Aufforderung zur Mitarbeit

...

##### I. Zukunft der Arbeit

...

##### II. Gestaltung der Ökonomie

Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie hat menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Zielen zu dienen. Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und mehr Lebensqualität sind für die Gewerkschaften die wichtigsten Ziele ökonomischen Handelns. Sie sind untrennbar verbunden mit einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, die qualitatives *Wachstum* und eine sozial gerechtere Weltwirtschaftsordnung umfaßt.

##### 1. Vollbeschäftigung verwirklichen

Die Gewerkschaften wollen diese Ziele mit Hilfe einer sozial-ökologischen Reformstrategie erreichen. Sie soll die Arbeitslosigkeit überwinden und *Wirtschaftswachstum* und Umweltschutz in Einklang bringen. Die sozial-ökologische Reform grenzt sich bewußt ab von der Vorstellung, der Anschluß an die Weltmärkte sei zu erhalten, wenn auf nationale Reformen, vor allem in der Sozial- und Umweltpolitik, verzichtet werde. Wir wollen Reformfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sinnvoll miteinander verknüpfen.

...

Bildung, Forschung und Technologie sind Schlüsselfaktoren im weltweiten Wettbewerb und damit im Kampf um Vollbeschäftigung. Die Gewerkschaften setzen sich für eine langfristig orientierte, staatlich geförderte Innovationsoffensive ein. Sie soll auf zusätzliche Arbeitsplätze ausgerichtet sein, neue Märkte und *Wachstumsfelder* erschließen und die nachhaltige Entwicklung fördern. Wir fordern die Sicherung der vorhandenen Infrastruktur, etwa im Wasser- und Abwasserbereich, und ihren weiteren Ausbau, insbesondere im Energie-, Verkehrs-, Telekommunikations- und sozialen Bereich. Im Verkehrsbereich müssen umwelt- und ressourcenschonende Verkehrssysteme weiter ausgebaut werden. Die Forschungs- und Technologiepolitik hat die Ziele einer sozial-ökologischen Reformstrategie vorrangig zu unterstützen. Die Fördermittel hierfür müssen kräftig aufgestockt werden. Dies ist sowohl notwendig, um eine sozial-ökologische Reformstrategie zu initiieren, als auch zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen gezielte Unterstützung.

...

##### III. Den Sozialstaat durch Reformen sichern

...

##### IV. Anforderungen an unsere demokratische Gesellschaft

...

##### V. Die Zukunft der Gewerkschaften

...

## 1.2 Aktionsprogramm (1997) (Auszüge)

...

### I. ARBEIT SCHAFFEN - ARBEIT TEILEN

#### 1. Soziale und ökologische Reformen durchsetzen

Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Investitionen und Innovationen. Wir setzen uns für soziale und ökologische Reformen ein, um neue Beschäftigungsfelder vor allem im Umweltbereich, in den Verkehrssystemen, der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien, in Industrie und Dienstleistungen zu erschließen.

Wir fordern:

- ...
- Eine dialogorientierte Industrie- und Dienstleistungspolitik, die *Wachstumsindustrien* fördert und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, um bestehende Industrien ökologisch und sozialverträglich weiterentwickeln zu können.
- ...
- Eine innovationsorientierte Modernisierungs- und *Wachstumsinitiative* aller EU-Mitgliedsstaaten im Sinne des Weißbuchs der Europäischen Kommission in Höhe von jeweils 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts der EU-Mitgliedsstaaten.
- ...

### II. SOZIALE GERECHTIGKEIT HERSTELLEN

...

### III. TARIFAUTONOMIE VERTEIDIGEN - ARBEITNEHMERRECHTE STÄRKEN

...

### IV. DIE EUROPÄISCHE EINHEIT SOZIAL GESTALTEN

...

Um die Wirtschafts - und Währungsunion zu vollenden, fordert der DGB:

- eine Interpretation der Konvergenzkriterien, nach der *Wachstum*, Beschäftigung und ökologischer Umbau gefördert werden müssen,
- eine innovationsfördernde Modernisierungs- und *Wachstumsinitiative* der EU-Mitgliedsstaaten in den Bereichen Verkehr, Technologie und Umwelt, die die beschäftigungspolitische Initiativen der Nationalstaaten flankieren.

...

### V. Unser Weg

...

### 1.3 18. Bundeskongress (2006)

#### Antrag D 001 „Mehr Beschäftigung durch qualitatives Wachstum“ (Auszüge)

Die deutschen Gewerkschaften fordern qualitatives *Wirtschaftswachstum*, eine intakte gesellschaftliche und soziale Infrastruktur, Bildung, Qualifikationsmöglichkeiten und soziale Sicherung für alle in einem Europa der Vollbeschäftigung, des wachsenden Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit. Diese Aufgaben sollen gerecht finanziert werden. Ein soziales und ökologisch nachhaltiges Europa ermöglicht allen erwerbsfähigen Frauen und Männern die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Bislang hat die europäische und nationale Wirtschaftspolitik diese Ziele jedoch deutlich verfehlt.

#### **1. Ursachen der *Wachstumsschwäche* und Arbeitsmarktkrise**

Deutschland befindet sich seit 2001 in einer lang anhaltenden Periode der *Wachstumsschwäche*. Die Arbeitslosigkeit hat ein Rekordniveau erreicht. Einschließlich der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der „stillen Reserve“ fehlen in Deutschland über sieben Millionen Arbeitsplätze.

Deutschlands Wirtschaftsentwicklung ist gespalten. Während die Exportwirtschaft boomt, lahmt die von der Massenkaukraft und öffentlichen Aufträgen abhängige Binnenwirtschaft.

Die Ursachen der *Wachstumsschwäche* sind sowohl wirtschaftspolitischer als auch konjunktureller und struktureller Natur. Die strukturellen Ursachen liegen in den finanziellen Belastungen durch die Deutsche Einheit, den höchsten Realzinsen im Euroraum - als Folge der geringen nationalen Inflation - sowie im kapitalmarktorientierten Umbau der börsennotierten Unternehmen (Shareholder-Value-Orientierung). Die wirtschaftspolitischen Gründe liegen in einer nicht konjunkturgerechten Finanz- und Geldpolitik und der seit Mitte der 90er Jahre schwachen Entwicklung der Kaufkraft privater Haushalte.

Der wirtschaftspolitische Kurs der letzten 25 Jahre hat die chronische *Wachstumsschwäche* verschärft. Für den wirtschaftsliberalen Mainstream ist auch heute noch das Steuer- und Abgabensystem sowie ein angeblich verkrusteter Arbeitsmarkt alleinige Ursache für die anhaltende *Wachstumsschwäche* und hohe Arbeitslosigkeit. Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdienende sowie der Abbau sozialer Regulierung auf dem Arbeitsmarkt haben jedoch ihre eigenen Ziele verfehlt. Das einseitige Setzen auf Strukturreformen war ein großer wirtschaftspolitischer Fehler. Die notwendigen makroökonomischen Rahmenbedingungen für ein kräftiges, sozial und ökologisch nachhaltiges *Wachstum* wurden dabei aus den Augen verloren.

#### **2. Kurswechsel der Wirtschaftspolitik notwendig**

...

#### **3. Forderungen der Gewerkschaften**

Die Gewerkschaften stellen an eine solidarische Reformpolitik insbesondere folgende Forderungen:

- Eine aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, wie sie auch das immer noch gültige deutsche Stabilitäts- und *Wachstumsgesetz* fordert, muss unmittelbar eingeleitet und auf der europäischen Ebene koordiniert werden. Die Finanzpolitik muss einen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage leisten, statt diese durch eine überzogene Sparpolitik zu schwächen. Die notwendige Konsolidierung des Haushaltes muss vor allem durch qualitatives *Wachstum* und durch eine steuerpolitische Verbesserung der Einnahmenseite erfolgen.
- ...
- Die Gewerkschaften fordern ein nachhaltiges, auf mittelfristige Sicht angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm. Der Anteil der öffentlichen Investitionen an der Wirtschaftsleistung muss mindestens auf das europäische Durchschnittsniveau von 2,5% am BIP angehoben werden. Es gibt große Bedarfe für den Ausbau der Infrastruktur, etwa für den wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland und im Zuge der weiteren europäischen Integration, für mehr und bessere Bildung und Forschung, für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft, die Bekämpfung sozialer und kultureller Defizite sowie die Aufrechterhaltung der inneren

**Gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall)  
zum Thema „Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“**

Sicherheit. Eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, Bildung sowie Forschung und Entwicklung sind eine wichtige Grundlage der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit und eines nachhaltigen *Wirtschaftswachstums*. Neben Sachinvestitionen zählen hierzu auch erhöhte Personalausgaben für den notwendigen Ausbau der öffentlichen Tageseinrichtungen für Kinder, der Schulen und Hochschulen sowie anderer sozialer Dienstleistungen. Der Personalabbau muss überall beendet werden.

- ...

Die Lohnpolitik hat nicht überzogen. Im Gegenteil: Voraussetzung für *Wachstum* und Arbeitsplätze ist eine stabilitäts- und verteilungsgerechte Lohnpolitik. In den letzten Jahren blieben jedoch die effektiv gezahlten Löhne hinter den tarifvertraglich vereinbarten zurück (negative Lohndrift). Die Tarifforderungen der Gewerkschaften haben sich immer an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientiert. Sie werden das auch in Zukunft tun. Hauptmaßstab für die gewerkschaftliche Tarifpolitik bleiben die Komponenten Produktivität, Preise und Umverteilung.

...

Eine Tarifpolitik, die sich an diesen Maßstäben orientiert, ist stabilitäts- und verteilungsgerecht. Sie sichert Einkommen, *Wachstum* und Arbeitsplätze.

*Wachstumspolitik* allein reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Notwendig sind auch in Zukunft kürzere Arbeitszeiten. Gewerkschaften streben an, die Überstunden zu reduzieren, Arbeitszeiten besonders belasteter Beschäftigter zu verkürzen, sowie Teilzeitarbeit sozial abgesichert auszubauen. Generelle Verlängerungen der Arbeitszeit lehnen die Gewerkschaften ab.

...

Die gegenwärtige makroökonomische Rollenverteilung in der europäischen Wirtschaftspolitik muss revidiert und auf die Schaffung von Beschäftigung ausgerichtet werden. Die Europäische Zentralbank muss den notwendigen geldpolitischen Flankenschutz für ein kräftigeres *Wachstum* liefern und neben ihrer stabilitätspolitischen gleichrangig auch einer beschäftigungspolitischen Verantwortung nachkommen. Die europäischen Vertragsgrundlagen sind entsprechend zu ändern. Der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer der Europäischen Union muss mehr Spielraum für eine aktive Beschäftigungspolitik eingeräumt werden. Die Maastricht-Kriterien sind zu überarbeiten. Die Haushaltspolitiken der Mitgliedsländer müssen wirkungsvoll aufeinander abgestimmt werden. Die Wettbewerbslogik des Lissabon-Prozesses war nicht zielführend. Es bedarf dringend einer makroökonomischen Koordinierung auf europäischer Ebene. Diese Koordinierung umfasst den Dreiklang von Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik. Dies erfordert die demokratische Einflussnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungen mittels des EU-Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

#### 1.4 19. Bundeskongress (2010)

##### Antrag A 001 „Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften“ (Auszüge)

...

#### 1. Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften

...

#### 2. Die Ursachen der Krise überwinden – der menschliche Weg

...

##### Die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen verändern

Der moderne Kapitalismus hat enormen sozialen, ökonomischen und ökologischen Modernisierungsbedarf. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stellen sich dieser Herausforderung. Wir treten für eine Politik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht den Markt und die Gewinninteressen einer Minderheit. Dabei sind die sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien, die zunehmend auch durch den Klimawandel gefährdet sind, für uns stets der wichtigste Orientierungsrahmen. Er bestimmt das verantwortliche Handeln der Gewerkschaften und ihren Einsatz für einen grundlegend neuen Entwicklungspfad in Wirtschaft und Gesellschaft: er wird sozial, gerecht, solidarisch, ökologisch und ökonomisch effizient sein – es wird ein Pfad qualitativen *Wachstums* sein. Er wird das Verhältnis von Realwirtschaft und Finanzkapitalismus wieder zurechtrücken.

...

##### Soziales Europa

...

Für eine soziale Entwicklung in Europa ist die effektive Koordinierung der Wirtschaftspolitik nötig. Die Europäische Zentralbank ist gleichrangig den Zielen hohen *Wirtschaftswachstums*, Vollbeschäftigung und hoher Geldwertstabilität verpflichtet. Dazu ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine Koordination ihrer Politik mit der Wirtschaftspolitik unter Beteiligung der Sozialpartner erforderlich. Zusätzlich ist die grundlegende Überarbeitung des starren Stabilitäts- und *Wachstumspakts* von 1997 die Voraussetzung dafür, dass eine koordinierte Wirtschaftspolitik künftig für *Wachstum*, Beschäftigung und einen ökologischen Umbau sorgen kann.

...

##### Den Strukturwandel gestalten

...

Eine zeitgemäße Dienstleistungs-, Industrie- und Handwerkspolitik in Deutschland und Europa steht unter dem Eindruck von Globalisierung und Demografie, Rohstoffverknappung und Klimawandel. Klimaschutz und ökologischer Umbau werden in Zukunft die industrielle Wertschöpfung prägen. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik fördert gezielt die neuen industriellen Technologien, gute Dienstleistungen und Organisationsinnovationen. Der ökologische Umbau ist eine Notwendigkeit, gerade auch im Mittelstand. Aber für Qualitätsproduktion „Made in Germany“ auch eine Chance. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden für einen effizienteren Umgang mit Rohstoffen und Energieressourcen, um den Weg zu bereiten für qualitatives *Wachstum*, das die Lebensqualität steigert und Beschäftigung nachhaltig sichert.

Das bedeutet den *Wachstumsbegriff* zu erweitern. Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt messen zwar die Wirtschaftsleistung, sagen aber wenig über das Wohlergehen der Menschen aus. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften beteiligen sich aktiv an einem interdisziplinären Dialog zur Implementierung und Weiterentwicklung solcher Kriterien und helfen neue Indikatoren zur Messung des Wohlergehens der Menschen zu entwickeln. Dieses Nettoinlandsprodukt soll auch soziale,

**Gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall)  
zum Thema „Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“**

menschliche und umweltrelevante Werte betrachten und damit die Lebensqualität oder Umweltstandards eines Landes darstellen.

Qualitatives *Wachstum* muss zukünftig zwischen Außenwirtschaft und Binnenmarkt ausbalanciert werden. Öffentliche und private Investitionen müssen erhöht und in entsprechende Bereiche, vor allem forschungsintensive Branchen, gelenkt werden, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Erforderlich ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Schwerpunkten wie Netztechnologien (Daten, Energie, Verkehr, Ver- und Entsorgung), Gesundheitswirtschaft, Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien, Wohnungsbau und Bildungs- und Forschungsinfrastruktur. Wir fordern zudem verstärkte Anstrengungen, um den Anspruch des Grundgesetzes einzulösen, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik zu gewährleisten. Dies gilt im Besonderen für Ostdeutschland.

...

### **3. Umbau jetzt**

...



## 2. Ver.di (3. Bundeskongress, 2011)

### 2.1 Antrag A 033: Gute Arbeit – Gute Dienstleistungen (Auszug)

...

ver.di fordert von der Bundesregierung:

1. **umfangreiche öffentliche Investitionen in Höhe von jährlich 50 Milliarden Euro vor allem in den Ausbau einer ökologischen Kreislaufwirtschaft, für die Energiewende, für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, für das Bildungswesen, für Gesundheit und Pflege, für den Ausbau der Telekommunikationsnetze**

Die beiden Konjunkturprogramme haben den Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur immer noch nicht beseitigt. Nach wie vor bedarf es umfangreicher Investitionen der öffentlichen Hand, die private Investitionen anstoßen können. Diese Investitionen verstetigen den wirtschaftlichen Aufschwung, sorgen für ein qualitatives **Wachstum** und ein höheres Angebot vor allem öffentlicher Dienstleistungen.

2. **eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, die die Nachfrage nach hochwertigen Dienstleistungen steigert und damit mehr Anreize für hochwertige Dienstleistungen setzt:**

ver.di engagiert sich für eine Wirtschaftspolitik, die die kaufkräftige Nachfrage auch durch höhere Entgelte stärkt und damit die private Nachfrage nach Dienstleistungen erhöht. Höhere Entgelte tragen dazu bei, das zukünftige **Wachstum** stärker auszubalancieren. Dadurch würde die Exportabhängigkeit reduziert und die wirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut. Hinzu kommen muss, eine sozial gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen und eine Belastung der oberen Einkommen sowie deutlich höhere Sozialleistungen.

Damit können mehr Menschen gute Dienstleistungen bezahlen und die Anreize hochwertige Dienstleistungen für alle Einkommensgruppen anzubieten, werden gesteigert.

3. **den qualitativen wie quantitativen Ausbau der Dienstleistungsforschung und der Dienstleistungswissenschaften,**

Die Bundesregierung will in den zentralen Forschungsfeldern der High Tech Strategie Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Klima/Energie, Sicherheit und demographischer Wandel die Forschung und Entwicklung von Dienstleistungen und neuen Technologien zusammenführen. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Dienstleistungen für **Wachstum** und Beschäftigung sowie die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen müssen bei der konzeptionellen Entwicklung der neuen Forschungsprogramme wie der Mittelvergabe darauf geachtet werden, dass Technologien, Produkte und Dienstleistungen gleichberechtigt und im Zusammenspiel entwickelt werden. In einer solchen kombinierten Entwicklung stellen sich neue Herausforderungen die erforscht werden müssen, zum Beispiel:

- ...

...

## 2.2 Antrag B 118: Umkehr in der Arbeitsmarktpolitik - für sichere Arbeit und nachhaltige Bildung (Auszug)

...

Der von ver.di wiederholt geforderten Umkehr in der Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik liegen folgende Prämissen zugrunde:

- ...
- Arbeitsmarktpolitik muss makroökonomische **Wachstums**- und Konjunkturpolitik mikroökonomisch unterstützen. Damit ist Arbeitsmarktpolitik ein Teilbereich der Beschäftigungspolitik, die aufgrund der nach wie vor bestehenden Massenarbeitslosigkeit auf die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein muss.

- ...

...

## 2.3 Antrag D 001: Aus der Krise lernen (Auszug)

...

Das wirtschaftliche **Wachstum** ist wie in der Zeit vor der Krise wieder stark vom Export abhängig. Die Binnennachfrage hält nicht Schritt. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eilen den Arbeitnehmereinkommen schon wieder deutlich voraus. Entsprechend bleibt der private Konsum erneut hinter den Erwartungen zurück. Wegen der Schuldenbremse setzt die Politik sogar noch stärker als in der Vergangenheit auf Ausgabenkürzungen. Nach dem Auslaufen der Konjunkturpakete setzt der Staat keine Impulse mehr zur Stärkung der Binnennachfrage. Exportstärke und Binnenmarktschwäche – diese Spezifik der deutschen Entwicklung verhindert eine gleichgewichtigere Entwicklung im Euroraum. Dadurch wird die Stabilität des gemeinsamen Währungsraums untergraben.

...

In der Europäischen Union haben wir es mit einer grundlegenden Fehlkonstruktion zu tun: Die Einführung der gemeinsamen Währung wurde nicht mit einer engeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden. Die gemeinsame Währung und der Stabilitäts- und **Wachstumspakt** sollten allein für eine Annäherung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen sorgen. Das Gegenteil war der Fall – die schwachen Länder wurden schwächer, die starken stärker. Gerade die ohnehin bereits wettbewerbsstarken Länder – allen voran die Bundesrepublik Deutschland – haben durch eine reale Stagnation ihrer Masseneinkommen ihre preisliche Wettbewerbsstärke kontinuierlich erhöht. Auf diese Weise haben sie die Exportmöglichkeiten der schwächeren Länder beschnitten und zu einer sukzessiven Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage beigetragen. Dies ist die unübersehbare Kehrseite des vielgepriesenen Exportmodells Deutschland.

Um entstandene Ungleichgewichte in Europa abzubauen, muss gerade ein wettbewerbsstarkes Land wie der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen ergreifen, die den Binnenmarkt stärken. Damit erlaubt es anderen Ländern, mehr zu exportieren. Für die Stärkung der Binnennachfrage ist die Beteiligung von Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum eine zentrale Voraussetzung. Dazu sind Einkommenssteigerungen, armutsfeste soziale Sicherungssysteme sowie ein ausreichendes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen die Voraussetzung. Bessere Einkommen gibt es aber nicht durch Sonntagsreden von Politikerinnen und Politikern und den Verweis auf die Verantwortung der Tarifpolitik. Die Politik muss vielmehr die Rahmenbedingungen für die Tarifpolitik und den Kampf der Lohnabhängigen für einen fairen Anteil wieder verbessern. Konkret fordert ver.di:

- ...
- Die solidarischen Sicherungssysteme dürfen nicht weiter geschwächt sondern müssen gestärkt werden. Das gelingt, wenn die Löhne und Gehälter wieder mit dem **Wirtschaftswachstum** Schritt halten, denn sie sind die Basis für höhere Beitragszahlungen und bessere Sozialleistungen.

**Gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall)  
zum Thema „Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“**

- ...

Eine Politik in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht einseitig auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit setzt, wäre nicht nur positiv für die Euro-Länder, die im Wettbewerb hinterher hinken. Sie würde auch in Deutschland zu mehr **Wachstum** und Beschäftigung führen. Das zeigen vergleichende Untersuchungen der Entwicklung in Frankreich, Österreich oder im Euroraum insgesamt.

...

Eine solide Antikrisenpolitik muss die Entwicklung in den Euro-Krisenländern stabilisieren und diese Länder so stärken, dass sie aus ihren Schulden herauswachsen können. Konkret fordert ver.di:

- ...
- Zur Überwindung der **Wachstumsschwäche** der Eurokrisenländer soll ein europäisches Investitionsprogramm vor allem für Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung aufgelegt werden. Damit würde die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gesteigert.

- ...

...

### **3. IG Metall (22. o. Gewerkschaftstag, 2011)**

#### **3.1 Zukunftsreferat Berthold Huber (Auszug)**

...

#### **2. ARBEIT**

...

Die Epoche des rücksichtslosen Shareholder-Kapitalismus ist gescheitert. Wir brauchen eine neue Epoche, in der gute Arbeit die Grundlage unseres **Wachstums- und Wohlstandsmodells** ist.

...

#### **3. WACHSTUM – INDUSTRIE – ÖKOLOGISCHER UMBAU**

...

Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Klimawandel, die Ressourcenverknappung und nicht zuletzt die Atomkatastrophe in Fukushima, in Japan, zwingen zur Einsicht: Ein **Wachstums- und Wohlstandsmodell**, das auf einem scheinbar unbegrenzten Energie- und Materialverbrauch beruht, hat keine Zukunft.

Der rücksichtslose Raubbau an unserem Planeten, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen müssen ein Ende haben.

Trotzdem oder gerade deshalb brauchen wir **Wachstum**, auch industrielles **Wachstum**. Sonst gelingt der ökologische Kurswechsel nicht. Ich bin fest davon überzeugt: Der industrielle Sektor bleibt – jenseits aller Debatten um eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft – die Basis einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung.

Es geht uns nicht um blindes **Wachstum**. Mit industriellem **Wachstum** wollen wir dazu beitragen, ökologische und soziale Probleme zu lösen. Es geht – wie wir sagen – um qualitatives **Wachstum**. Voraussetzung dafür ist aber eine aktive und nachhaltige Industriepolitik. Die wollen wir mitgestalten.

...

### **3.2 Entschließung 1: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen (Auszug)**

...

#### **5. Kurswechsel: Gemeinsam für ein Gutes Leben**

...

##### 5.1. Ökologischer Umbau

Das bisherige marktradikale **Wachstumsmodell** ist weder sozial gerecht noch ökologisch nachhaltig. Ein nachhaltiges **Wachstum** muss an den Bedürfnissen der Menschen ansetzen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Es basiert auf Ressourcen schonendem Konsum, Umweltinvestitionen, insbesondere in erneuerbare Energien, und auf Entkoppelung von **Wachstum** und Ressourcenverbrauch. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft bedingt Produktivitätssteigerungen im Bereich der Rohstoff- und Energieeffizienz. Öffentliche und private Investitionen werden gesteigert, um wichtige Infrastrukturprojekte und die Entwicklung von umweltfreundlichen Industrien und Dienstleistungen voranzutreiben.

...

##### 5.2 Globale und europäische Regulierung

...

Europa muss und kann bei der Krisenbewältigung und ihrer dauerhaften Überwindung eine Vorreiterrolle einnehmen. Markt und Wettbewerb müssen dazu so gezähmt werden, dass sie sich auf Ziele ausrichten, die den Menschen wichtig sind: Der fairen Verteilung der Güter und Chancen, der Orientierung an einer sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung. Indem

- ...
- durch eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, **Wachstum**, Beschäftigung, Kohäsion sowie ökologisch nachhaltige industrielle Entwicklung in den Vordergrund gestellt werden;
- ...

...

### 3.3 Entschließung 2: Forderungen an die Politik und gewerkschaftliches Handeln (Auszug)

...

#### **2. Zentrale wirtschaftspolitische Herausforderungen**

Die Krise des Finanzmarktkapitalismus, globale und europäische Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, die wachsende verteilungspolitische Schieflage, die ökologischen Grenzen des bisherigen **Wachstumspfad**es und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die großen und drängenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen in diesem Jahrzehnt. Notwendig sind deshalb

- ...

...

#### 2.2. Die Schuldenkrise bewältigen und die Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Währungsunion abbauen

...

Die heutigen Überschussländer der Eurozone – allen voran Deutschland – müssen als **Wachstumsanker** des Währungsraums wirken und somit zum Abbau der Ungleichgewichte beitragen. Vorrangige Aufgabe der europäischen Gewerkschaften ist, alle Versuche von europäischer Seite in die Tarifautonomie einzugreifen, entschieden zurückzuweisen und Alternativen zur marktradikalen Deregulierungs- und Wettbewerbspolitik auf EU-Ebene zu entwickeln.

#### 2.3. Verteilungspolitische Schieflage bekämpfen, öffentliche Güter stärken

Alle Steuerrechtsänderungen der letzten zehn Jahre, von denen vor allem große Einkommen, Vermögende, Kapitaleigner und Unternehmen profitiert haben, beliefen sich allein im Jahr 2010 auf Mindereinnahmen von ca. 50 Mrd. Euro. Die öffentliche Investitionsquote fiel weit unter EU-Durchschnitt, die Lastenverteilung wurde immer ungerechter, es bildete sich eine immense verteilungspolitische Schieflage bzw. Vermögenskonzentration heraus, der Binnenkonsum blieb schwach, die Unterbeschäftigung hoch und die Situation der öffentlichen Haushalte angespannt. Diese Entwicklung zu korrigieren, ist ein zentrales Anliegen der IG Metall. Nötig ist dazu eine Politik, die

- ...
- die Binnennachfrage erhöht und damit die Voraussetzungen für einen sozial nachhaltigen **Wachstumspfad** schafft, gesamtwirtschaftlich die Nachfrage nach Arbeit erhöht und mittel- bis langfristig zu einer Verringerung der Schuldenquote beiträgt.

...

#### **3. Aktive Industriepolitik**

...

#### 3.2. Industriepolitische Forderungen der IG Metall

...

Dabei ist stets sicherzustellen, dass nicht durch öffentliche Mittel günstige Rahmenbedingungen für private Profite finanziert werden, sondern durch Regulierung, unterschiedliche Eigentumsformen und demokratische Beteiligungsstrukturen öffentliche Investitionen dem Allgemeinwohl direkt zugute kommen. Öffentliche Fördergelder für Unternehmen müssen an die Einhaltung sozialer und beschäftigungswirksamer Kriterien wie die Einhaltung von Tarifstandards, Mitbestimmungsrechten und „guter Arbeit“ gebunden sein. In den **wachstumsstarken** neuen Energiebranchen strebt die IG Metall an, zukünftige Leitmärkte auch zu Leitbildern für eine soziale nachhaltige Industriegesellschaft zu entwickeln.

...

### **3.4 Entschließung 3: Festigung und Ausbau der betrieblichen Verankerung, Sicherung und Weiterentwicklung der Mitbestimmung (Auszug)**

#### **1. Mitbestimmen und die Zukunft gestalten**

Weite Teile der Industrie setzen auf einen Wettbewerb über Kostenführerschaft durch „billige“ Arbeit. Diese Strategie ist unvereinbar mit sicheren Arbeitsplätzen sowie guten Lebens- und Arbeitsbedingungen und damit auch betriebswirtschaftlich ein Irrweg. Deshalb brauchen wir einen Kurswechsel in Richtung eines nachhaltigen **Unternehmenswachstums**, hin zu einem Wettbewerb um die Qualitätsführerschaft, ein Verständnis von Wertschöpfung, welches die langfristigen Interessen der Beschäftigten in den Vordergrund stellt und nicht kurzfristige Profitmaximierung um jeden Preis.

...

## Anhang

### 1. Allgemeines zum „Wiki Gute Arbeit“

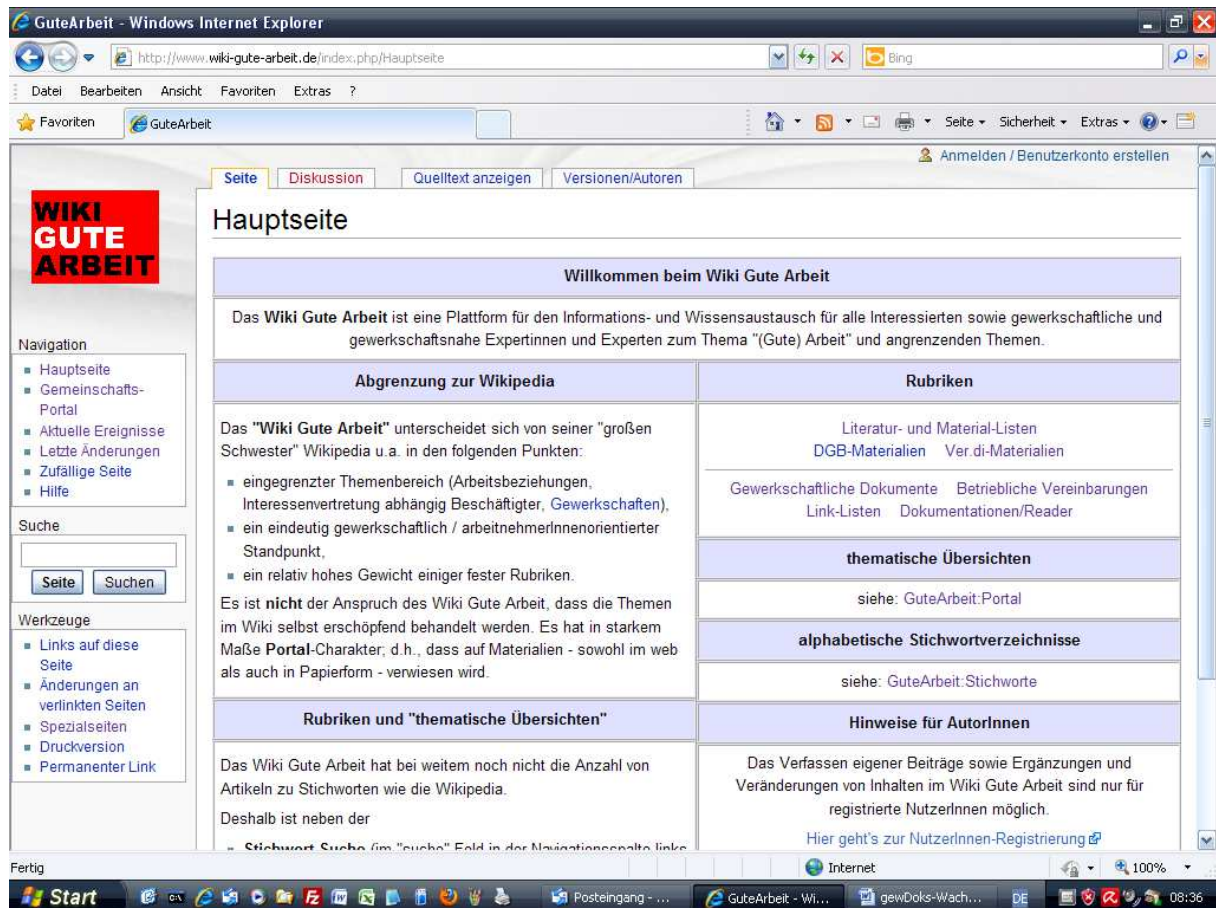
Das "Wiki Gute Arbeit" ([www.wiki-gute-arbeit.de](http://www.wiki-gute-arbeit.de)) ist ein - in Vielem der „Wikipedia“ analoger – Wissensspeicher zu Fragen der Arbeitswelt, insbes. zu den Themenbereichen "Gute Arbeit" und "Arbeits- und Gesundheitsschutz". Es wird mit derselben Software (Mediawiki) gestaltet wie die Wikipedia (allerdings mit einer etwas früheren Version dieser Software).

Inhaltliche Unterschiede zur Wikipedia sind u.a.:

- ein eingegrenzter Themenbereich,
- ein eindeutig gewerkschaftlicher / arbeitnehmerInnenorientierter Standpunkt,
- ein relativ hohes Gewicht einiger fester Rubriken (Literatur- und Materialien, gewerkschaftliche Dokumente, ...).

Es ist nicht der Anspruch des Wiki Gute Arbeit, daß die Themen im Wiki selbst erschöpfend behandelt werden. Es hat in starkem Maße "Portal"-Charakter; d.h., daß auf Materialien - sowohl im web als auch in Papierform - verwiesen wird.

Das Wiki Gute Arbeit hat bei weitem noch nicht die Anzahl von Artikeln zu Stichworten wie die Wikipedia. Deshalb ist - neben der Stichwort-Suche - der systematische Zugriff über "thematische Übersichten" und Rubriken von relativ größerer Bedeutung. Die meisten dieser Übersichten und Rubriken sind von der Startseite ("Hauptseite") aus zugänglich.

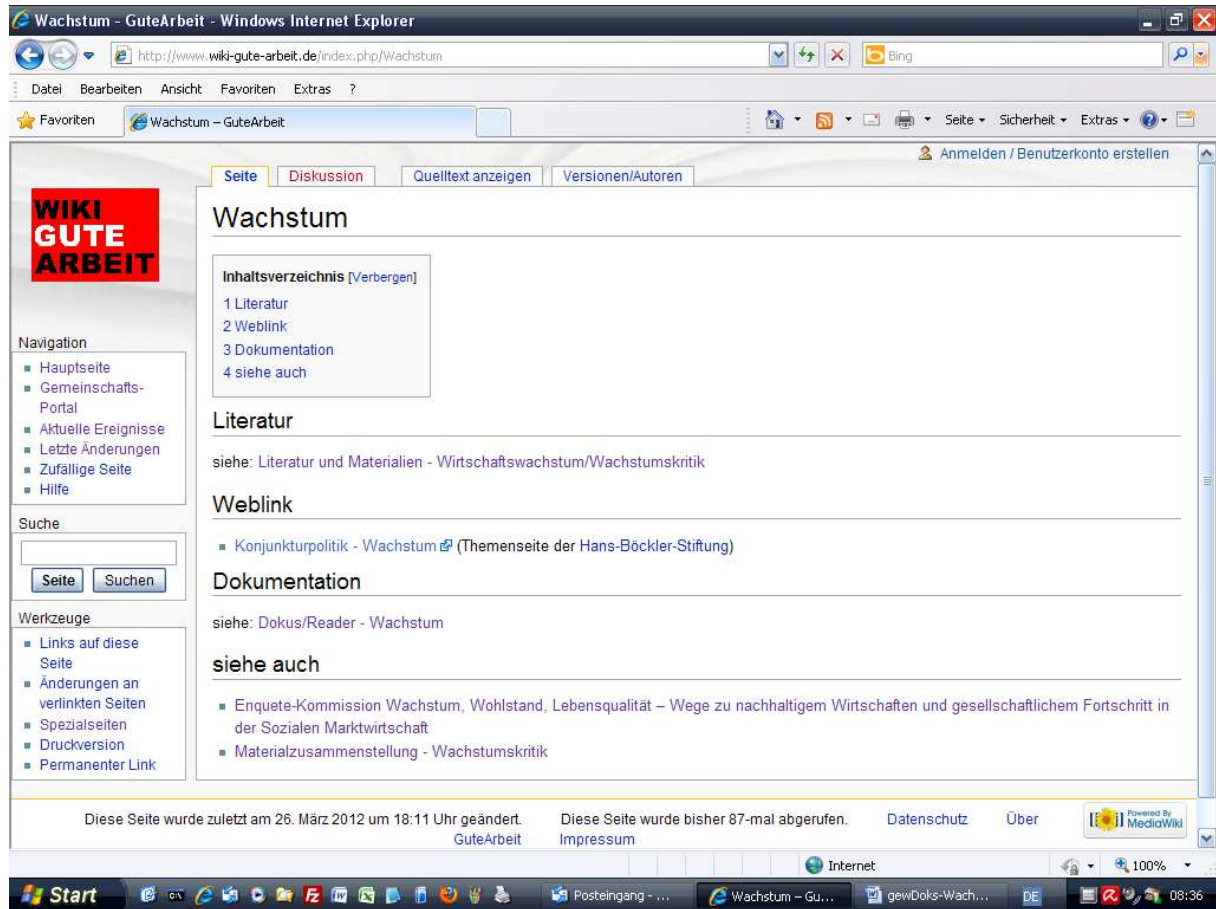


(Abb. 1 – Haupt-/Startseite)



## 2. Seiten zum Thema „Wachstum“

### 2.1 „Wachstum“



(Abb. 2 – Seite „Wachstum“)

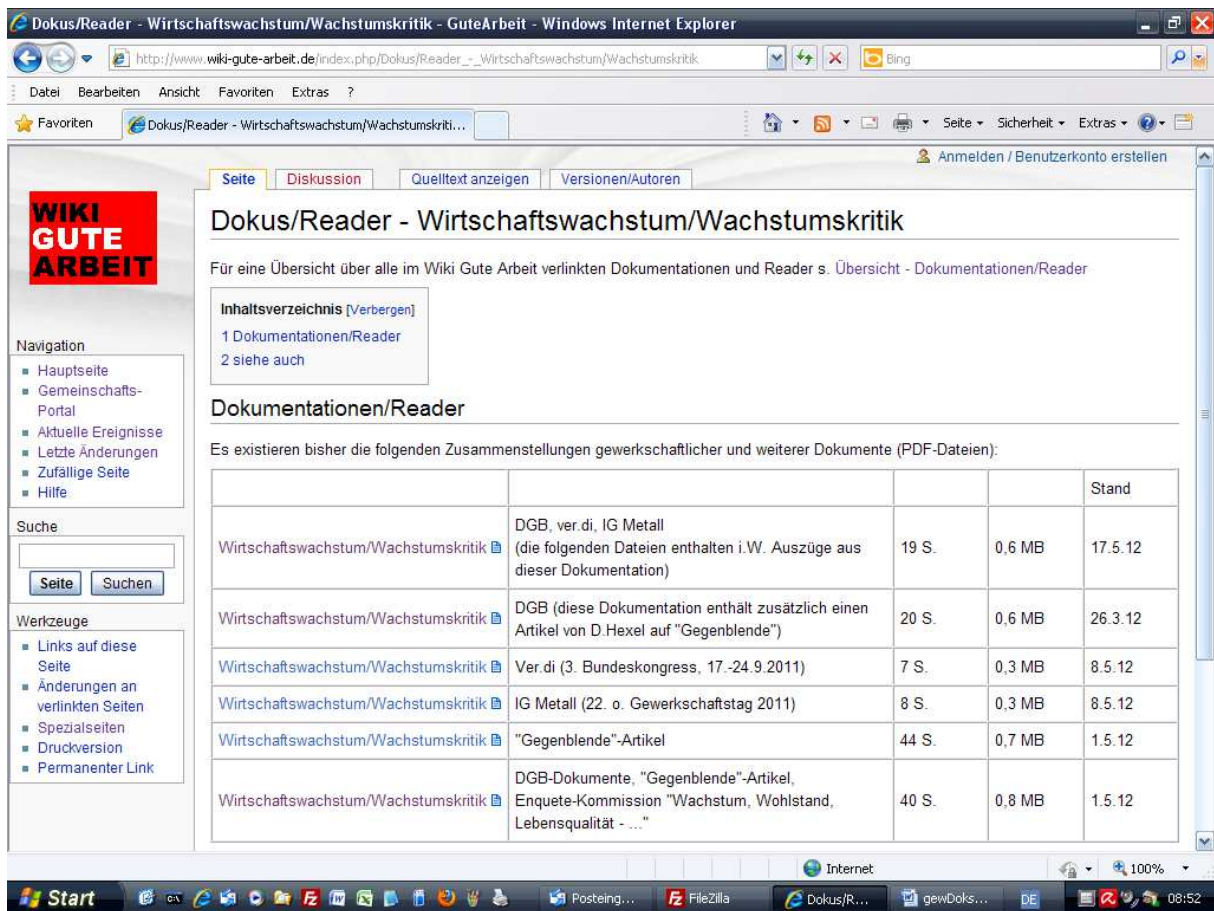
Zu erreichen ist diese Seite von der Start-/Hauptseite des Wiki Gute Arbeit (vgl. Abb. 1) u.a. auf folgende Weise:

- im Feld „Suche“ (linke Navigationsspalte) das Wort „Wachstum“ eingeben
- Schaltfläche „Seite“ oder <enter>-Taste betätigen.

Entsprechend dem „Portal“-Charakter des Wiki Gute Arbeit (s.o.) enthält diese Seite wenig Text; durch interne und externe Links wird auf weitere Informationen verwiesen.

## Gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall) zum Thema „Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“

### 2.2. „Dokus/Reader – Wachstum“



The screenshot shows a web browser window displaying the 'Dokus/Reader - Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik' page. The page features a navigation menu on the left, a search bar, and a main content area with a table of documents. The table lists various documents related to economic growth and growth criticism, including those from DGB, ver.di, and IG Metall. The table columns are: Document Title, Content Description, Page Count, File Size, and Date.

				Stand
Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik	DGB, ver.di, IG Metall (die folgenden Dateien enthalten i.W. Auszüge aus dieser Dokumentation)	19 S.	0,6 MB	17.5.12
Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik	DGB (diese Dokumentation enthält zusätzlich einen Artikel von D.Hexel auf "Gegenblende")	20 S.	0,6 MB	26.3.12
Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik	Ver.di (3. Bundeskongress, 17.-24.9.2011)	7 S.	0,3 MB	8.5.12
Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik	IG Metall (22. o. Gewerkschaftstag 2011)	8 S.	0,3 MB	8.5.12
Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik	"Gegenblende"-Artikel	44 S.	0,7 MB	1.5.12
Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik	DGB-Dokumente, "Gegenblende"-Artikel, Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - ..."	40 S.	0,8 MB	1.5.12

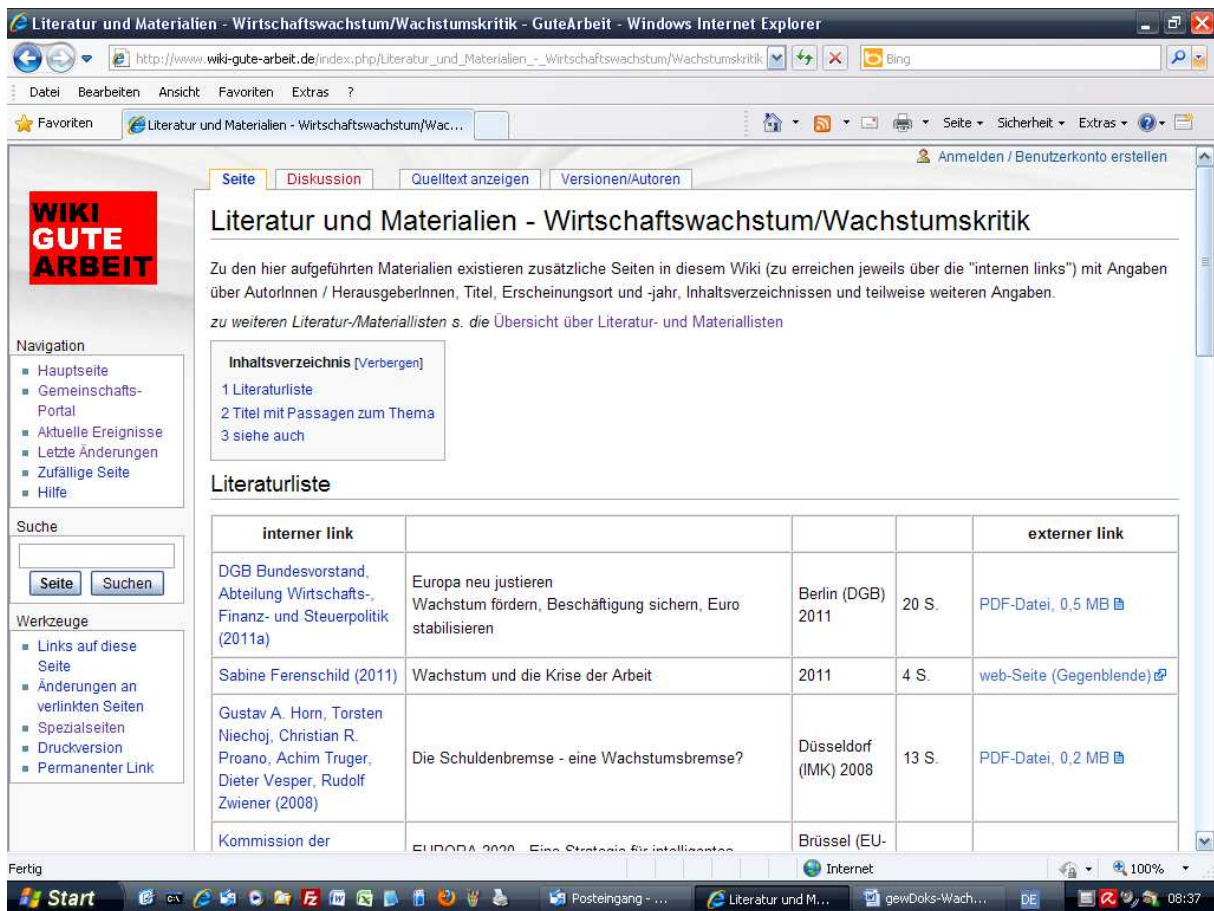
(Abb. 3 – Seite „Dokus/Reader – Wachstum“)

Zu erreichen ist diese Seite von der Start-/Hauptseite des Wiki Gute Arbeit (vgl. Abb. 1) u.a. auf folgende Weise:

- unter „Rubriken“ auf der Start-/Hauptseite „Dokumentationen/Reader“ wählen  
-> Seite „Übersicht – Dokumentationen/Reader“;
- auf dieser Seite den Link „Wachstum“ wählen.

**Gewerkschaftliche Dokumente (DGB, ver.di, IG Metall)  
zum Thema „Wirtschaftswachstum / Wachstumskritik“**

**2.3. „Literatur und Materialien – Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik“**



**(Abb. 4 – Seite „Literatur und Materialien – Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik“)**

Zu erreichen ist diese Seite von der Start-/Hauptseite des Wiki Gute Arbeit (vgl. Abb. 1) u.a. auf folgende Weise:

- unter „Rubriken“ auf der Start-/Hauptseite „Literatur- und Materiallisten“ wählen  
-> Seite „Übersicht – Literatur und Materialien“;
- auf dieser Seite den Link „Wirtschaftswachstum/Wachstumskritik“ wählen.